

Abteilungsleiter I

Stuttgart, den 28. Oktober 2010

NOTIZ

Weiteres Vorgehen zum Untersuchungsausschuss

Besprechung am Montag, dem 1. November

1. Für den Untersuchungsausschuss sind nach derzeitiger Aktenlage aus unserer Sicht vier Termine von besonderer Relevanz:
 - 20. September, mittags: Besuch MP u.a. bei der Polizeidirektion Stuttgart mit interner Nachbesprechung (mit UVM Gönner, LPP Hammann, PP Stumpf, MdL Blenke u.a.)
 - 20. September, abends: Baubesprechung im UVM (Konkretisierung Einsatztag? Bezug Regierungserklärung?) (mit Azer, Drexler, Reger, Ruppert, Hammann, Kleiner u.a.)
 - 27. September: Baubesprechung im UVM (Hinweis Stumpf auf Wasserwerfer) (erstmal mit Andriof und Dietrich, ohne Azer – aber mit Engel DB-Projektbau)
 - 29. September: Besprechung im Staatsministerium mit MP
2. 20. September mittags / MP beim Polizeipräsidium Stuttgart:
 - MP: Bäume sollen möglichst unmittelbar nach Ende der Wachstumsperiode fallenAnfang-Oktober-fällen. (Vermerk Semling!)
 - U.E. muss klarer werden, dass der Termin Anfang Oktober schon vor dem 20. September von der Polizei konkret ins Auge gefasst wurde. Dies bestätigen zwar PP Stumpf und Azer – allerdings nur „mündliche Absprache“. Aktenkundig ist dies bisher nirgends. Hier gilt es Indizien zu sammeln!
 - Was kann MD Bauer dazu sagen? Gespräche mit Azer und/oder Drexler? Wie kam der Termin Anfang Oktober zustande? Ab wann stand der Termin konkret im Raum? Was war hierfür maßgeblich? Welche Absprachen gab es mit der Bahn? Wer kann hier ggf. als Zeuge aufgeboden werden? Gibt es irgendwelche Akten, die die Planungen auf Bauseite bestätigen, z.B. in den Vertragsunterlagen mit der Baumfallfirma.?
 - Ist Azer „zuverlässig“? Wird er bestätigen, dass er immer massiv auf das Tempo gedrückt hat (z.B. Angebot Abriss Südflügel am 20. September abends, Vorschlag für

000126

Fälltermin vor dem 1. Oktober. Hierfür wäre eine Sondergenehmigung durch die LHS erforderlich gewesen, die die LHS zumindest mdl. abgelehnt hat. Akten? Zeugen? BM Schairer??

3. 20. September abends / Baubesprechung UVM:

- U.UE ist es so, dass der Einsatztag 30. September / 1. Oktober am 20. September abends finalisiert wurde. Dabei wurde auch über die Regierungserklärung gesprochen.
- Am 20. September stellte PP Stumpf Einsatzalternativen in einer Powerpoint-Präsentation dar. Er konzentrierte sich dabei auf 1 oder 2 Alternativen. Welche waren das?
- Es muss geklärt werden, wann PP Stumpf im Vorfeld die Einsatzalternativen entwickelt hat. Waren hier weitere Personen beteiligt? Gab es schon eine erste Verständigung auf eine vorzugswürdige Variante – ggf. schon eine Festlegung auf den 30. September?
- Welche Rolle spielte vor diesem Hintergrund die Baubesprechung am 20. September aus Sicht von MD Bauer? Kann / Muss MD Bauer ggf. den Eindruck eines unbefangenen Beteiligten bestätigen, dass der Einsatzbeginn 30. September (doch erst) in der Besprechung finalisiert wurde? Oder ist es vielleicht so, dass die Finalisierung erst danach – etwa in einer Lagebesprechung PP Stumpf mit Mitarbeitern – erfolgt ist. Am 22.09. stand der Termin 30.09./01.10. jdf. fest (Vermerk IM-LPP vom 22.09.)?
- Was waren die maßgeblichen Erwägungen, die zur Festlegung auf den 30. September führten. Nach meiner Erinnerung: Überraschungseffekt! War dies so von PP Stumpf eindeutig vorgetragen worden (nach meiner Erinnerung: ja)?
- Welche Rolle spielte dabei das Thema Regierungserklärung? Meiner Erinnerung nach sollte jedenfalls ausgeschlossen werden, dass während der Plenarsitzungen am 6./7.10. ein Polizeieinsatz im Schlossgarten erfolgt. Auch war meines Erachtens klar, dass unmittelbar nach der Regierungserklärung (z.B. am 8. oder 9. Oktober) kein Großeinsatz begonnen werden sollte. Wann war der Termin der Regierungserklärung erstmals öffentlich bekannt – in der Vorkonferenz am 17.9.? Ab wann war dies intern klar (Abt. IV: MP hat RE für den 07.10. bei der Fraktionsklausur in Öhringen am 17.09. erstmals angekündigt?).

4. 27. September / Baubesprechung UVM:

- In der Baubesprechung am 27. September waren m.E. v.a. 4 Punkte bemerkenswert.
 - Zum einen hat PP Stumpf (erstmal?) den möglichen Einsatz / die Bereitstellung von Wasserwerfern angekündigt – zum Selbstschutz und als letztes Mittel.
 - Zum zweiten war (erstmal?) vom Einsatzbeginn konkret um 15.00 Uhr die Rede.

000127

- Zum dritten deutete die DB-Projektbau (für mich überraschend!) an, dass die Fällarbeiten bezogen auf die Bauplanung auch noch deutlich später erfolgen könnten.
- Viertens wurde auch die Frage angesprochen, was bei Bekanntwerden des Einsatzzeitpunkts unternommen werden sollte. Ergebnis: weitere Besprechung!

➤ Auch hier wäre eine Einschätzung von MD Bauer hilfreich:

- War für das UVM schon früher klar, dass der Bauzeitenplan hier noch erheblichen zeitlichen Spielraum für die Fällarbeiten vorsah (UVM hat m. W. bis heute keinen Bauzeitenplan)? War der Fälltermin Anfang Oktober ggf. doch (nur) eine politische und / oder polizeitaktische Entscheidung?
- Wie könnte in diesem Fall (durch Zeugen, Akten) deutlicher gemacht werden, dass polizeitaktische Überlegungen (Überraschungseffekt, Verfestigungen etc.) und nicht irgendwelche politischen Vorgaben (Termin PP S am 20.9.) entscheidend waren?
- Wann – zwischen dem 20. September und dem 27. September – wurde der Einsatzbeginn auf 15.00 Uhr konkretisiert? Gab es hier weitere Besprechungen / Abstimmungen zwischen UVM, Polizei und / oder DB Projektbau?

5. 29. September / StM-Besprechung mit MP:

- Die MP-Besprechung könnte als Lagebesprechung interpretiert werden, in der die Entscheidung über die Vorziehung des Einsatzbeginns auf 10.00 Uhr entschieden wurde.
- Hier ist die Aktenlage zu berücksichtigen, die in einem Vermerk aus dem LPP die Einschätzung enthält, dass der Einsatz zunächst abgeblasen werden sollte. Der Vermerk des LPP ging auch PP Stumpf zu (per mail um 15.41 Uhr).
- Taktisch wäre es in unserem Sinn, wenn PP Stumpf nach Bekanntwerden des ursprünglichen Einsatzbeginns (um die Mittagszeit) bereits im PP Maßnahmen ergriffen hätte, um den Einsatz auf 10.00 Uhr vorzuziehen (z.B. Modifikation Einsatzbefehl, Lagebesprechung im PP). Dann wäre klar, dass PP Stumpf seine Linie von Anfang bis Ende durchgehalten hat.
- Umgekehrt wäre es schwierig, wenn der Vermerk der LPP mit PP Stumpf oder dem PP abgestimmt gewesen wäre. Denn dann würde sich konkret die Frage stellen, warum in der MP-Besprechung am Ende doch – gegen die Polizeimeinung - ein anderer Entschluss gefasst wurde und welchen Einfluss hierauf die Politik hatte.

6. Infos zum weiteren Verfahren:

- Antwort auf SPD-Antrag 2.11. (light) und Antwort auf den Untersuchungsauftrag bis 09.11.
- Vorabinfo an CDU-Obmann und UA-Vorsitzenden

Formatiert: Einzug: Links: 1,27 cm

Formatiert: Einzug: Links: 0 cm,
Hängend: 1,25 cm

000 128